Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis: 1.90 Mk. Bei Abholung in den Ausgabestellen des Landgebiets 10 Pfg. mehr, bei Zutragung im Stadtgebiet 15 Pfg., im Landgebiet 20 Pfg. Botenlohn.
Wochenkarten 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg.
Postscheckkonto: Leipzig 28301. Gemeindegirokonto: Frankenberg.
Fernsprecher 51. — Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 22 mm breit) 4 Pfennig, im Reklameteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Sätze, bei Anklägigungen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsabdruck Erwäßigung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha und des Stadtrats zu Frankenberg behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 280 | **Sonnabend, den 1. Dezember 1934 nachmittags** | **93. Jahrgang**

Kurzer Tagesspiegel

Reichsminister Dr. Goebbels sprach am Freitag abend in den Messehallen in Stettin vor über 15 000 Menschen. Es fanden Parallelversammlungen statt. Er nahm scharf gegen die Kritikaster Stellung, verwies auf die Aufbauarbeit der Regierung, hob die Leistungen der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" hervor und besprach auch die Kirchenfrage.

Bei der Erörterung des Haushalts des Außenministeriums, hielt Außenminister Laval eine außenpolitische Rede.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sind am Freitag zum Abschluß gekommen. Das wesentliche ist, daß die Verträge, die im Juli zur Regelung des deutsch-französischen Waren- und Zahlungsverkehrs und des Anleihedienstes in Berlin abgeschlossen wurden, nur um drei Monate, vom 1. Januar bis 31. März 1935 verlängert werden.

Der Besuch v. Ribbentrops in Paris ist rein privater Natur. Herr v. Ribbentrop wird am 1. Dezember wieder in Berlin sein.

Der König von England hat auf das Glückwunschtelegramm des Führers zur Vermählung des Herzogs von Kent an den Führer ein Danktelegramm gesandt. Ebenso dankten der Herzog und die Herzogin von Kent.

Im Einvernehmen mit der Abstimmungskommission hat die Regierungskommission eine Verordnung bekanntgegeben, die besonders einschneidende Einreise-Erschwerungen für die Zeit vom 27. Dezember bis 26. Januar enthält.

Der englische Außenminister Simon hielt in Schottland eine Rede, in der er den Friedenswillen Großbritanniens besonders hervorhob.

Die Königin der Niederlande hat Richard Strauß in Anerkennung seiner großen künstlerischen Verdienste das Großkreuz des Oranien-Nassau-Ordens verliehen.

Presseknebelung in Saarbrücken

Werbenummern müssen angemeldet sein.

Zu neuen Knebelungsmaßnahmen gegen die reichsdeutsche Saarpresse ist die Regierungskommission des Saargebiets geschritten. Sie hat den Schriftleitungen eine Mitteilung zugehen lassen, in der darauf hingewiesen wird, daß es bei dem unentgeltlichen Verteilen von Zeitungswerbenummern von Haus zu Haus in der letzten Zeit häufig zu Schwierigkeiten gekommen sei, die die Ortspolizeibehörden veranlaßt hätten, die Verteilung zu verbieten.

Um in Zukunft diese Schwierigkeiten zu beseitigen, ersucht daher die Regierungskommission die Schriftleitungen der Zeitungen, den zuständigen Landratsämtern rechtzeitig Mitteilung zu machen, in welchen Gemeinden und zu welcher Zeit Werbenummern zu verteilen beabsichtigt ist, und mit der Verteilung nicht eher zu beginnen, als bis eine Mitteilung des Landratsamtes ergangen ist, ob die Verteilung stattfinden kann oder nicht.

Diese Maßnahme der Regierungskommission richtet sich wieder einmal gegen saardeutsche Zeitungen, die teilweise schon damit begonnen hatten, für den Saarkampf Sondernummern herauszubringen, um sie gerade unter der ärmeren Saarbevölkerung zu verteilen. Der Direktor des Innern, der Franzose Heimburger, wollte offenbar wieder einmal die Gelegenheit ergreifen, den saardeutschen Zeitungen Schwierigkeiten für diese großzügige Aktion in den Weg zu legen. Die saardeutsche Presse wird durch diese Maßnahme erneut geknebelt, während man an den zuständigen Stellen nach wie vor ein Auge zudrückt, wenn das separatistisch-französische „Saarlouiser Journal" zu Hunderten an die Arbeiterbevölkerung verteilt oder ihr unter Drohungen aufgedrängt wird.

Kampf gegen Arbeitsnot — Arbeitsbeschaffungs-Lotterie! Ziehung am 22. und 23. Dezember 1934.

Tag der nationalen Solidarität

Am 8. Dezember Sammelaktion für das Winterhilfswerk

Am Sonnabend, dem 8. Dezember 1934, findet im ganzen Reich eine Sammlung für das Winterhilfswerk statt, die unter Leitung des Reichspropagandaleiters der NSDAP., Dr. Goebbels, steht. Die verantwortliche Leitung der Sammlung in den Gauen liegt bei den Gaupropagandaleitern bezw. bei den Landesstellenleitern, in den Kreisen bei den Kreispropagandaleitern und in den Ortsgruppen bei den Ortsgruppenpropagandaleitern.

An der Sammelaktion beteiligen sich sämtliche höhere Beamte und Angestellte des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda und der Landesstellen, sowie der dem Reichsministerium und den Landesstellen unterstehenden Behörden und öffentlichen Einrichtungen der Reichskulturkammer, Reichsrundfunkgesellschaft, Werberat der Deutschen Wirtschaft, Hochschule für Politik, Philharmonisches Orchester, Theater, Filmprüfstelle, Reichsausschuß für Fremdenverkehr. Ebenso beteiligen sich alle Gaupropagandaleiter mit ihren Mitarbeitern, sowie in den Kreisen und Ortsgruppen der NSDAP. die Propagandaleiter und sämtliche in den Gauen befindlichen Redner. Außerdem werden sich die führenden Persönlichkeiten der Partei und ihrer Untergliederungen für die Sammelaktion einsetzen. Der Chef des Stabes der SA., der Reichsführer der SS. und Reichsjugendführer haben einen entsprechenden Befehl an die ihnen unterstellten Gliederungen erlassen.

Gesammelt wird von 16 bis 19.30 Uhr auf den Straßen und von 22 bis 23 Uhr in den Gaststätten, Theatern, Kinos usw. Jeder Sammler erhält eine Sammelbüchse der NSV. mit der Aufschrift: „Tag der nationalen Solidarität."

Das muß selbst der verbohrteste Miesmacher dem Nationalsozialismus lassen: trivial und langweilig ist er nicht. Er ist vielmehr die Kunst des Unerwarteten, erstaunlichster Leistung: Was ehedem als unmöglich galt, macht er möglich. Was als unschicklich und im englischen Sinne als „shocking" angesehen wurde, das tut er einfach. Alteingewurzelte gesellschaftliche Vorurteile rennt er über den Haufen, um gerade das zu tun, was die „Korrekten", die Neunmalklugen für ausgeschlossen, für staats- und autoritätsgefährlich erklärten. Das gilt auch besonders für die vom Reichspropagandaministerium unter der Parole „Tag der nationalen Solidarität" geplante Sammelaktion für das Winterhilfswerk.

Ja, ist denn das möglich? Ein Minister mit der Sammelbüchse auf der Straße? Geht dabei nicht die ganze Staatsautorität zum Teufel? Ach, ihr ewig Gestrigen, laßt das nicht eure Sorge sein! Wir können uns wohl vorstellen, wenn ein Herr Marx, Scheidemann, Wirth und wie alle diese „besseren älteren Herren" hießen, auf deren Namen man sich aus grauer Vorzeit nur noch mühsam entsinnt — wenn sie mit einer Büchse auf den schon etwas gichtischen Armen sammelten, das hätte das gegeben, was der Münchener mit einem unübersetzbaren Ausdruck „a Gaudi" nennt, und die lächerlichen Reste ihrer etwa vorhandenen Autorität wären dabei rettungslos vor die Hunde gegangen.

Im nationalsozialistischen Reiche ist das aber eine andere Sache. Wenn am 8. Dezember alle Beamten der Ministerien und der Behörden ihre Sammelbüchsen jedem Volksgenossen hinhalten, damit er in seine Tasche greife und nach seinen Kräften für die Aermsten opfere — dann tun Minister und Beamte im Grunde nichts anderes als das, was sie im Staate Adolf Hitlers ohnehin tun: Sie arbeiten für den deutschen Menschen, sie ringen um sein Leben, sein Dasein, und sie rufen dabei die Hilfe, die selbstverständliche Opferbereitschaft jedes Deutschen, jedes Volksgenossen auf, der wert ist, diesen Namen zu tragen.

Nein, ihr Herren, die ihr die Würde gepachtet und die Weisheit als Erbgut in Besitz genommen habt: unsere Minister sind sich nicht zu schade, um mit der Büchse in der Hand für unsere hungernden und frierenden Brüder zu sammeln. Wir sind ein Volk in Not, aber wir sind ein stolzes Volk! Wir wollen vom Ausland nur eins: Respekt! Für alles andere sorgen wir selbst. Wir spenden nicht nur, wir machen nicht in jener öden Wohltätigkeit früherer Tage, die sich bei dem Knallen der Sektpropfen auch ein wenig der Armen entsann. Wir halten zusammen und teilen miteinander wie Kameraden im Schützengraben das letzte Stück Kommißbrot, den letzten Schluck aus der Feldflasche.

So wird dann dieser Tag, der in Berlin unter der Parole „Vom Alexanderplatz bis zum Kurfürstendamm" gestartet wird, im Zeichen einer wahren und tiefen Verbundenheit der deutschdenkenden und deutschfühlenden Menschen stehen, die alle ein einigendes Band umschlingt, sei es Mann oder Weib, Greis oder Kind, Minister, Künstler oder Kohlentrimmer.

Mehr als 3000 Sammler, angefangen vom Minister bis zum jüngsten Regierungsrat, die Vertreter der Partei und ihrer Untergliederungen vom Gauleiter bis zum Ortsgruppen-Propagandaleiter, die Führer der SA. und SS. vom Obergruppenführer bis zum Standartenführer, die Führer der HJ., die Prominenz von Bühne, Film, Konzertsaal, Presse und Rundfunk . . . sie alle werden gemeinsam einem Ziel dienen unter der Devise: Einer für alle — alle für einen.

Am „Tag der nationalen Solidarität" werden sie in den Hauptverkehrszeiten von 16 Uhr bis 19.30 Uhr auf den Straßen und Plätzen im Zuge der Ost-West-Verbindung Alexanderplatz—Potsdamer Platz—Gedächtniskirche—Kurfürstendamm stehen, um von jedem ein Scherflein entgegenzunehmen. Später setzt sich dann die Sammelaktion in den Gaststätten, Kinos und Theatern fort. Prominente Vertreter von Film und Bühne werden vor Beginn des Hauptfilms bezw. in den Theaterpausen kurze Ansprachen an die Besucher halten. —

Künstler, Journalisten, Beamte, Minister sammeln! Sie bitten nicht für sich, nein für alle anderen Brüder, deren Leben noch Sorge überschattet und Not verdunkelt. Ehrt euch selbst indem ihr gebt!

Frankreichs Außenpolitik

Laval spricht! Erst Sicherheit, dann Rüstungseinschränkung

Das alte Lied

Paris, 1. 12. Im Zeichen des verstorbenen Außenministers Barthou begann vor mehr oder weniger leeren Bänken Freitag abend um 21 Uhr die dritte Sitzung der Kammer, die dem Haushalt des Außenministeriums gewidmet ist. Nach ehrenden Worten des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Kammer, Bastide, und des Außenministers Laval für Louis Barthou nahm die Kammer einstimmig das Gesetz an, durch das bestätigt wird, daß Barthou sich um das Vaterland verdient gemacht hat.

Anschließend bestieg

Außenminister Laval

die Rednertribüne und verlas seine außenpolitische Erklärung, in der es u. a. folgendermaßen heißt: „Die Interessen unseres Landes decken sich mit denen des Friedens. Um beide verteidigen zu können, muß unser Land stark sein, was wiederum die innere Ordnung und die Gesundheit unserer Finanzen voraussetzt. Europa ist beunruhigt. Die Völker verfolgen die Haltung ihrer Führer und fordern von ihnen, ihre Hoffnungen in die Tat umzusetzen. Es gibt für einen Außenminister Frankreichs kein edleres Ziel als an diesem mehr denn je notwendigen internationalen Werk der Wiederversöhnung und der Stärkung des Friedens zu arbeiten. Diese Politik verfolgen wir.

Frankreich hat

Verhandlungen mit Italien

aufgenommen, die sich unter günstigen Bedingungen abspielen. Das Ziel dieser Verhandlungen ist die Engergestaltung der Freundschaft beider Länder. Ohne sich um die Innenpolitik oder die Form des Regims zu kümmern, ist Frankreich bereit, mit allen Ländern diese Politik der Wiederversöhnung zu betreiben, die dasselbe Ziel verfolgen. Niemand ist ausgeschlossen, und deshalb kann diese Politik nicht als ein Angriffsmanöver gegen irgendeinen Staat ausgelegt werden. Alle interessierten Länder sind bereits oder werden noch angegangen werden. Alle Regierungen, mit denen man auf dem Fuße der Gleichheit und unter Berücksichtigung ihrer Würde verhandeln wird, werden aufgefordert werden, sich genau zu äußern, ob sie ihren europäischen Pflichten nachkommen wollen oder sich ihnen entziehen. Es gibt einen Grundsatz, dessen Notwendigkeit jeder anerkennen muß. Das ist die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Grenzen. Wer diese Grenzen anders ziehen will, stört den europäischen Frieden. Man fragt sich oft, wohin die Politik führt, die Frankreich seit einiger Zeit mit Sowjetrußland geführt hat. Man fragt sich andererseits, ob die französische Regierung nicht daran denke, mit Deutschland eine besondere Politik einzuleiten. Man versucht, Zweifel an der Kontinuität und Einheitlichkeit der französischen Außenpolitik aufkommen zu lassen. Die französische Regierung hat aber nur eine Haltung. Sie ist mit der Schaffung einer internationalen Zusammenarbeit beschäftigt und wünscht dieser Zusammenarbeit keine zweiseitigen Verträge hinzuzufügen. Rußland ist vollkommen einig mit Frankreich über dieses kollektive Vorgehen, dessen Initiative es nicht ergriffen hat.

Die französisch-russische Solidarität

wird offen zutage treten zugunsten aller und zugunsten der Festigung des Friedens Osteuropas. Deutschland ist eingeladen worden und wird erneut unter den gleichen Bedingungen wie alle anderen Länder eingeladen, diesem gegenseitigen Beistandspakt beizutreten, in dem es die gleichen Garantien findet wie die, die es den anderen Ländern zuteil werden läßt.

Der Reichskanzler Hitler

hat seinen Willen zum Frieden kundgetan. Wir fordern ihn auf, seine Worte in Handlungen umzusetzen, indem er sich der Politik anschließt, die wir in Osteuropa verfolgen. Gewisse Leute fragen sich, warum Frankreich sich so eifrig an einer Paktpolitik interessiert, die einen großen Teil der europäischen Länder umfaßt, und ob es sich dadurch nicht weit von seinen eigenen Grenzen entfernte Verantwortlichkeiten zuzieht, die es verhindern könnte. Die Wahrheit ist aber die, daß es mit einer derartigen Politik die Risiken eines Krieges vermindert, denn in der heutigen Zeit würde ein solcher Krieg auf keinen besonderen Teil Europas beschränkt bleiben. Die Erfahrung hat dies gelehrt. Wir haben stets behauptet, daß die Sicherheit zunächst garantiert sein muß, um an die Einschränkung der Rüstungen zu gehen.

Zwischen Frankreich und Deutschland

gibt es keine territorialen Streitfragen. Die Saarfrage muß normal und für beide Länder zufriedenstellend geregelt werden. Sie ist durch den Friedensvertrag in einen internationalen Rahmen gebracht worden, den sie beibehalten muß. Es hängt von Deutschland ab, ob sich die Volksabstimmung unter normalen Bedingungen vollzieht. Wir für unser Teil haben nur den einen Wunsch, die Abstimmungsfreiheit und das Abstimmungsgeheimnis gewahrt zu sehen. Wir verbeugen uns von vornherein vor dem Ergebnis dieser Abstimmung. Wir geben

Noch 42 Tage bis zur Saarabstimmung!